

Rede: A13 für Grundschullehrer/innen 2019

Wir von der GEW freuen uns sehr, dass ihr unserem GEW-Aufruf gefolgt seid! Seit der hessischen Landesdelegiertenversammlung 2014 kämpfen wir für größere Wertschätzung von uns Grundschulkolleginnen und -kollegen auch im Gehalt. Wir Darmstädter demonstrieren jetzt zum fünften Mal - immer am 13. November, dem „ersten Tag der unbezahlten Arbeit“.

Zu diesem Anlass spreche ich heute - am 13.11.2019 - zu euch! Mein Name ist Sabine Joa. Ich bin Grundschullehrerin an einer Grundschule in Darmstadt und Mitglied der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat.

Heute, am 13. November, endet rein rechnerisch die Bezahlung von uns Grundschullehrkräften im Vergleich zu allen anderen Lehrämtern. Ab heute arbeiten wir sozusagen bis zum Ende des Jahres quasi ohne Bezahlung.

So viel weniger verdienen wir, als alle anderen Lehramtsberufe.

Wir verdienen mehr! Es entbehrt jeder Grundlage, dass wir Grundschul-lehrkräfte bis zu **400 Euro netto monatlich** weniger Gehalt bekommen!

Deshalb: „Wir fordern mehr - A13 muss her!“

Es entbehrt erst Recht jeder Grundlage, da wir auch noch **jede Woche** bis zu **vier** Stunden mehr als andere Lehramtsberufe unterrichten müssen. Wir verdienen mehr!

Wir Grundschullehrkräfte haben de facto die schlechteste Bezahlung mit der höchsten Pflichtstundenzahl!!!

Deshalb: „Wir fordern mehr - A13 muss her!“

In diesem Jahr feiert die Grundschule ihr **100-jähriges Bestehen**. Beim Festakt „100 Jahre Grundschule“ in der Paulskirche in Frankfurt am 13. September 2019 betonte unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede die Bedeutung der Grundschulbildung:

Zitat „An den Grundschulen in unserem Land werden die Grundlagen gelegt für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Und, nicht weniger wichtig: Hier werden auch die Weichen gestellt für die Zukunft unserer Demokratie.“ Und weiter:

„Die allermeisten Grundschulen in unserem Land sind seit vielen Jahren ein Ort, an dem das Miteinander ganz verschiedener Menschen Tag für Tag gelingt. Sie erleben das täglich, ... Und die Grundschulen leisten dabei unglaublich viel. Sechs- bis Zehnjährige mit den unterschiedlichsten Startvoraussetzungen lernen hier Lesen, Schreiben und Rechnen – oft schon schwierig genug. Aber sie lernen hier eben auch, mit kultureller und individueller Verschiedenheit umzugehen, einander zuzuhören und Konflikte zu lösen. Sie lernen sich zu artikulieren, zu argumentieren, digitale Technik zu beherrschen, Verantwortung für sich und Verantwortung für andere zu übernehmen.“ Zitat Ende.

Zu Digitalisierung: Ausführlich lobte Kultusminister Lorz zu Beginn des Schul-jahres das Landesprogramm „Digitale Schule Hessen“. Die Mittel werden jedoch nicht wirklich für die technische Ausstattung aller Schulen und erst recht nicht deren Support reichen. Zuerst forderte dieser Digitalpakt von allen – auch noch so kleinen Grundschulen – ein „**Medienkonzept**“ zu erstellen und - selbstverständlich fristgerecht (!) - einzureichen, bevor überhaupt ein erster Euro fließt. Mittlerweile reicht ein pädagogischer Antrag vorab. Das Konzept muss trotzdem erstellt werden. Das kommt für uns mal wieder „on top“!

Digitalisierung trifft uns in unserem Schulalltag aber vor allem durch die **veränderten Kinder**: Viele von uns beobachten, wie Digitalisierung bzw. der tagtägliche Umgang mit neuen Medien in den Familien dazu führt, dass viele Kinder bei Eintritt in die Schule nicht mehr Fertigkeiten bzw. eine altersadäquate sozial-emotionale Reife mitbringen. Sie zeigen sich vom System Schule überfordert.

Wir unterrichten tatsächlich **Kinder** – wie Steinmeier sagt -

„mit den unterschiedlichsten Startvoraussetzungen“:

Einerseits kommen Kinder in die Schule, ohne Erfahrung im Umgang mit Schrift, die nie ein Buch in der Hand hatten, die nur noch auf Smartphone, Tablet etc. – also in 2-D puzzeln, bauen oder spielen, die überall hinkutschiert werden. Wie können diese Kinder - früher selbstverständliche – Voraussetzungen für schulisches Lernen wie Neugier auf Schrift, Zahlvorstellung und räumliche Orientierung entwickeln? Andererseits kommen Kinder in die Schule, die bereits lesen und teilweise schon schreiben können, die bereits eine klare Zahlvorstellung haben und sich räumlich orientieren können, deren Neugier auf die Welt lebendig gehalten und unterstützt wurde.

Außerdem kommen Kinder mit unterschiedlichsten Diagnosen und Handicaps zu uns – und das ist ihr gutes Recht!

Einerseits kommen Kinder in die Schule, die in der deutschen Sprache sozialisiert sind.

Andererseits kommen Kinder zu uns, die weder ihre Muttersprache noch Deutsch korrekt beherrschen.

Außerdem kommen Kinder zu uns, - oft mitten im Schuljahr - die kein Deutsch sprechen, ihr gewohntes Umfeld verlassen mussten, teils unter traumatischen Bedingungen.

Einerseits kommen Kinder in die Schule, die kaum Erfahrung mit echter Kommunikation haben, weil alle um sie herum beschäftigt sind - oft auch mit ihren Handys.

Andererseits kommen Kinder in die Schule, die der Mittelpunkt ihres jeweiligen Universums sind, deren Eltern und Großeltern ihnen mehr oder weniger zu Diensten stehen.

Folglich bringen immer weniger Kinder selbstverständlich die sozial-emotionale Reife und/oder die Sozialkompetenz mit, sich und andere in ihrer Verschiedenheit wahrzunehmen und selbstverständlich zu helfen.

Wir Grundschullehrkräfte sind gefordert, zu jedem Kind eine wertschätzende Beziehung aufzubauen und jedem einzelnen dieser Kinder gerecht zu werden.

Bei den einen sollen wir helfen, Entwicklungsdefizite auszugleichen. Gleichzeitig soll der Unterricht auch für die anderen spannend sein. Allen möchten wir ein anregendes Lernumfeld bieten. Diese Extreme suchen wir zu stemmen.

Unser Bundespräsident fasst das so zusammen: Zitat: *„Grundschulen in unserem Land haben heute mit großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen. Migration, Inklusion, soziale Polarisierung, eine sich wandelnde Arbeitswelt – all das hat den Unterricht in den vergangenen Jahren noch vielschichtiger und oft auch schwieriger gemacht.“* Zitat Ende.

Unschwer ist zu erkennen, wie herausfordernd, wenn nicht sogar überfordernd der Schulalltag für jede und jeden von uns ist. Ende Oktober haben 10 Darmstädter Grundschulen Überlastungsanzeigen an Kultusminister Lorz geschickt, um unserem Dienstherrn aufzuzeigen, dass es so nicht weitergehen kann.

On top zum sowieso schon **erhöhten Vorbereitungsaufwand** für unseren Unterricht kommen **ein erhöhter Organisationsaufwand sowie ein erhöhter Dokumentationsaufwand!**

- Lern- und Sprachstände ermitteln
- Vergleichsarbeiten
- Individuelle Förderpläne schreiben und halbjährlich evaluieren
- Elterngespräche
- Beratungsgespräche in multiprofessionellen Teams
- Kooperation mit Förderschullehrkräften, Teilhabeassistenzen, Schulsozialarbeiter(inne)n, UBUS-Kräfte, unterschiedlichen Institutionen wie Jugendamt, SPZ, Ambulanzen etc.
- Entwicklung schulinterner Curricula und Mitarbeit am Schulprofil
- Einweisung der Vertretungskräfte und Bereitstellen von Arbeitsmaterial
- Und Vieles mehr...

Und alles sollen wir stemmen ohne Aufwandsentschädigung oder Deputat oder Zeitausgleich oder oder oder – sozusagen zum Nulltarif!!!

Das Land Hessen sollte daher wenigstens mit der Bezahlung unsere vielfältigen Aufgaben und Belastungen gerecht honorieren.

Wir Grundschullehrkräfte können diese riesige gesellschaftliche Aufgabe unmöglich alleine und keinesfalls zu den derzeitigen Bedingungen stemmen:

Zusätzlich zur gerechten Besoldung fordern wir:

- Kleinere Klassen
- Professionelle Unterstützungsangebote **in** der Schule: Logopädie, Ergotherapie, Motopädagogik, Psychologie, Traumatherapie etc.
- Doppelbesetzung
- Gepflegte ansprechende Räumlichkeiten statt maroder Schulbauten
- Fest eingeplante bezahlte Kooperation
- Entlastung für die Unterstützung von Quereinsteiger(inne)n
- Entlastung für Mentorentätigkeit
- angemessene Ausstattung des Arbeitsplatzes
- Weniger Pflichtstunden

Eine **Politik**, die die tatsächlichen Belastungen ignoriert, kann nicht erfolgreich sein! Wer Lehrkräften Jahr für Jahr neue Aufgaben und Themengebiete aufdrückt, sie immer vor neue große Herausforderungen stellt, ohne angemessene Bezahlung, verliert auf Dauer jegliche Akzeptanz! Eine solche Politik schadet uns Lehrkräften, den Kindern, und damit auch dem Land Hessen!

Andere **Bundesländer** zeigen, dass eine bessere Bezahlung möglich ist: Mittlerweile haben sieben Bundesländer beschlossen bzw. verkündet, Grundschullehrkräfte grundsätzlich nach A13 zu bezahlen, nämlich: Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein.

In Zahlen:

- Die Eingangsbesoldung beträgt in Hessen 7823 € weniger als in Bremen.
- Die höchste Besoldungsstufe ist in Sachsen 9366 € höher als in Hessen.
- Angenommen, eine Grundschullehrkraft beginnt mit 27 Jahren zu arbeiten, unterrichtet ununterbrochen 40 Jahre, lebt unverheiratet ohne Kind, dann beträgt ihr Lebenseinkommen in Hessen 311.000 € brutto – in Worten 311.000€ - weniger als in Sachsen.

Was soll das?! Das verschärft die Situation, insbesondere in Zeiten des Lehrkräftemangels erheblich! Hessen katapultiert sich ins Abseits! Unter diesen Bedingungen wird Hessen immer größere Schwierigkeiten bekommen, Lehrkräfte für den Grundschulbereich anzuwerben.

Wir fordern gerechte politische Entscheidungen der Landesregierung in Hessen, die den Weg zu wirklich guten Arbeitsbedingungen öffnen.

Obwohl im Koalitionsvertrag steht, dass ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer für sinnvoll erachtet wird, unternimmt der Kultusminister Hessens Lorz als Vorsitzender der Kultusministerkonferenz nichts in dieser Richtung. Halten Sie Ihr Wort, Herr Minister!!! Geld in Hessen ist genug da, wie die GEW in ihrer Forderung 500-Mio-Sofortprogramm für Bildung 2018 nachgewiesen hat.

Unser Bundespräsident meint: Zitat: „*Grundschullehrer, das ist einer der wichtigsten, einer der anspruchsvollsten Berufe, die wir haben...*

Wir träumen immer noch etwas von der Wertschätzung, die Lehrerinnen und Lehrer in anderen Ländern – wie Finnland – erfahren. Aber ich will Ihnen sagen: Verdient haben Sie sie auch bei uns in Deutschland!“ Zitat Ende

Deshalb ist es höchste Zeit auch für mehr Anerkennung und Wertschätzung: **A 13 für Grundschullehrkräfte in Hessen ist überfällig!** Die Sicherung der pädagogischen und professionellen Qualität der Grundschulbildung muss von der Landesregierung priorisiert werden. Hessen darf nicht länger warten!

Andere Bundesländer bieten mehr, wie ihr den GEW-Postkarten adressiert an unseren Kultusminister, entnehmen könnt. Bitte unterschreibt alle Postkarten und werft sie in die gelben Postboxen.

Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit und eure Präsenz hier auf dem Luisenplatz in Darmstadt nach einem anstrengenden Unterrichtsvormittag.

Ein herzliches Dankeschön auch an alle Kolleginnen und Kollegen von anderen Schulformen, an alle pensionierten Lehrkräfte und an alle Schulleiterinnen und Schulleiter, die sich mit uns solidarisieren und hier her gekommen sind!

Verfasst von: Felicitas Hemel (GEW-KV Dieburg) und Sabine Joa (GEW-KV Darmstadt Stadt)